

Altersarmut belastet Sozialhilfeausgaben immer mehr

Starker Anstieg bei Pflege und Grundsicherung – Kommunen fordern Bundeshilfe

Von Stefan von Borstel

BERLIN – Die Ausgaben für Sozialhilfe in Deutschland sind im vergangenen Jahr – offensichtlich auch wegen wachsender Altersarmut – weiter gestiegen. Mit 18,8 Mrd. Euro wurden netto 3,9 Prozent oder 700 Mio. Euro mehr für Sozialhilfe als 2006 ausgegeben, teilte das Statistische Bundesamt mit. Vor allem die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und die für die Hilfe zur Pflege stiegen kräftig an.

Die Kommunen, die für die Sozialhilfe aufkommen müssen, zeigten sich alarmiert. „Diese Entwicklung überfordert die kommunalen Haushalte und wird mit Blick auf die demografische Entwicklung noch weiter an Schärfe gewinnen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Die Kommunen fordern daher, der Bund solle sich an den Kosten beteiligen. Die politische Diskussion um immer neue und bessere Sozialleistungen wie Sozialtarife beim Strom oder höhere Hartz-IV-Sätze gehe in die falsche Richtung, urteilt Landsberg. „Wir müssen auch mehr Ei-

genvorsorge der Menschen einfordern“, verlangte er mit Blick auf deutlich gestiegene Ausgaben für die Hilfe zur Pflege und für die Grundsicherung im Alter.

Die Zunahme bei der Grundsicherung mit 12,7 Prozent auf 3,5 Mrd. Euro fiel unter allen Arten der Sozialhilfe am höchsten aus. Gründe dafür dürften nach Experteneinschätzung neben einer steigenden Zahl bedürftiger Senioren auch höhere Regelsätze sein. Bei Einführung der Grundsicherung im Jahr 2003 wurden lediglich 1,3 Mrd. Euro ausgegeben.

Überdurchschnittlich war auch der Anstieg der Kosten für die Hilfe zur Pflege mit 5,4 Prozent auf 2,7 Mrd. Euro. Mehr als die Hälfte der Sozialhilfeausgaben entfiel mit 10,6 Mrd. Euro auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Hier lag der Zuwachs aber lediglich bei 0,9 Prozent. Für die Hilfe zum Lebensunterhalt wurden 2007 rund 740 Mio. Euro gezahlt – 9,4 Prozent

mehr als ein Jahr zuvor. 2004 – also vor Inkrafttreten von Hartz IV – waren es noch 8,8 Mrd. Euro. Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Menschen, die nicht erwerbsfähig sind und daher kein Arbeitslosengeld II beziehen.

Pro Einwohner wurden 2007 rechnerisch 228 Euro Sozialhilfe bezahlt, das waren acht Euro mehr als 2006. Das Gefälle zwischen Ost und West ist erheblich: In den alten Bundesländern waren es 237 Euro, in den neuen Ländern 152 Euro. Die mit Abstand höchsten Sozialhilfeausgaben meldeten erneut die drei Stadtstaaten Bremen (385 Euro), Hamburg (367 Euro) und Berlin (355 Euro). Bei Flächenländern im Westen waren die Ausgaben mit pro Kopf 168 Euro in Baden-Württemberg am niedrigsten, in Schleswig-Holstein mit 277 Euro je Einwohner am höchsten. In Ostdeutschland lag der Wert zwischen 114 Euro in Sachsen und 194 Euro in Mecklenburg-Vorpommern.

Sozialhilfe

Land	Nettoausgaben in Euro je Einwohner im Jahr 2007 für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII
Bremen	385
Hamburg	367
Berlin	355
Schleswig-Holstein	277
Nordrhein-Westfalen	263
Niedersachsen	260
Hessen	257
Saarland	248
Rheinland-Pfalz	229
Bayern	201
Mecklenburg-Vorp.	194
Sachsen-Anhalt	178
Baden-Württemberg	168
Brandenburg	161
Thüringen	157
Sachsen	114
Deutschland	228
Westdeutschland*	237
Ostdeutschland*	152

Quelle: Statistisches Bundesamt; AP